



Neue Steuermodelle

DIW-Ökonomin Katharina Wrohlich plädiert für Ende des Ehegattensplittings. Seite 2

Foto: 123rf/macrovector

Wachsende Hauptstadt

Wegen steigender Schülerzahlen braucht Berlin dringend neue Schulen. Seite 11

Subventionierte Elektroautos

Ehrgeizige Pläne in Frankreich:

Sechs Millionen E-Autos sollen bis 2030 auf den Straßen rollen. Seite 9



Foto: fotolia/Francois Poirier

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Montag, 29. Mai 2017

72. Jahrgang/Nr. 123

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Dem Präsidenten sei Dank

Jörg Staude über den Schulterschluss der G6

Kann sich jemand erinnern, dass auf einem G7-Gipfel nahezu pausenlos über den Klimaschutz gesprochen wurde und darüber, wie führende Länder dieser Welt zu einem Schulterschluss fanden? Nein? In dem Punkt muss man dem ansonsten völlig zu Recht gescholtenen US-Präsidenten Donald Trump fast dankbar sein. Dessen Ignoranz zwang die anderen Staatenlenker, klimapolitisch Farbe zu bekennen: für eine internationale Kooperation und für die Ziele des Übereinkommens von Paris, das 2015 auf einer UN-Konferenz verabschiedet wurde und vorsieht, die globale Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius zu begrenzen.

Letztlich wird es auch ziemlich egal sein, ob Trump für die USA diese Woche beschließt, den Weltklimavertrag aufzukündigen – sofern die restlichen G6 dann mit Dekarbonisierung und einer gerechten Klimafinanzierung endlich ernst machen. Das könnte weltweit für einen Wandel sorgen, der die USA dann auch wirtschaftlich ins Hintertreffen und irgendwann (wieder) zur Vernunft bringt.

Gerade die Bundesrepublik müsste sich davon angesprochen fühlen. Die Realität aber ist: Seit gut sieben Jahren – also faktisch seit dem historisch gescheiterten Kopenhagen-Gipfel – verharren die deutschen Treibhausgas-Emissionen auf hohem Niveau. Und wer regierte das Land schon davor und lenkt es bis heute? Angela Merkel. So gesehen ist das größere Problem nicht Trump, sondern die deutsche Bundeskanzlerin.

UNTEN LINKS

Für die SPD wird es langsam eng. Über zehn Prozent Rückstand zur Union, da muss man sich etwas einfallen lassen. So einen Coup wie vor ein paar Monaten mit diesem Schulz. Die Sozialdemokraten bräuchten noch mal einen neuen Anfang, einen neuen Kandidaten, der das Ruder rumreißt und die Umfragen aufmischt. Einen, der unbelastet ist und unverbraucht. Einen Kandidaten, der die Basis begeistern kann und die Wähler, der weltläufig ist und neuen Schwung reinbringt, über den sich die Medien und die politischen Gegner noch nicht monatelang lustig gemacht haben. Jemand, der auf den Tisch hauen kann und der sich von Merkel nicht die Butter vom Brot nehmen lässt. Der die Botschaften der SPD so selbstbewusst raushaut, dass das Konrad-Adenauer-Haus wackelt. Vor dem die CDU zittert und der weiß, wie man Wahlen gewinnt. Wenigstens einen von dieser Sorte muss es doch geben, mit dem am Ende noch alles gut werden kann – einen wie Peer Steinbrück. wh



Gruppenbild in Taormina

Foto: dpa/Tiziana Fabi

Klimakiller Trump

US-Präsident brüskiert beim G7-Gipfel die Verbündeten und verweigert Bekenntnis zu Pariser Klimaabkommen

Berlin. Angela Merkel ließ es an Deutlichkeit nicht fehlen. »Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, sind ein Stück weit vorbei«, sagte sie am Sonntag in München weitgehend undiplomatisch. Da saß die Bundeskanzlerin in einem Wahlkampf-Bierzelt in München und ließ den G7-Gipfel im italienischen Taormina Revue passieren. Ihre Erkenntnis nach dem Treffen der sieben größten Industrienationen: »Wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich in die eigene Hand nehmen.«

Vorausgegangen waren beim Spitzentreffen auf Sizilien offenbar frustrierende Begegnungen; der Gipfel fand in einer selten angespannten, schlechten Stimmung statt. Einziger Pluspunkt für die Regierungs- und Staatsoberhäupter, der nun als Erfolg verkauft wird, ist ein in letzter Minute vereinbarter Minimalkonsens zum Thema freier Handel. Immerhin konnten sie US-Präsident Donald

Trump die Zustimmung zum Kampf gegen Protektionismus abringen – obwohl Trump seinen Wählern unter dem Slogan »America first« den rabiaten Schutz der US-Wirtschaft versprochen hatte.

Bei der Debatte über die Klimaziele ließ Trump seine Partner jedoch abblitzen. Weder in Einzelgesprächen noch in der großen Runde war der US-Präsident trotz eindringlicher Appelle bereit, die Ziele des Pariser Klimaabkommens vom Dezember 2015 zu akzeptieren. Im US-Wahlkampf hatte Trump massiv gegen das Abkommen gewettert und die Wiederbelebung der US-amerikanischen Kohleförderung versprochen. Seine G7-Partner vertröstete er auf die nächsten Tage; in dieser Woche wolle er über einen Ausstieg aus dem Pariser Vertrag entscheiden, der maßgeblich von seinem Amtsvorgänger Barack Obama unterstützt und als historisch gefeiert worden war.

Trumps Auftreten beim G7-Gipfel und zuvor beim NATO-Treffen stieß auf scharfe Kritik. »Was wir auf den Gipfeln erlebt haben, entspricht weder dem, was wir intellektuell, noch was wir vom Potenzial Amerikas her von einem amerikanischen Präsidenten erwarten«, sagte der Koordinator für transatlantische Beziehungen im Auswärtigen Amt, Jürgen Hardt.

Als »rüpelhaft und verantwortungslos« bezeichneten Flüchtlingshilfe-Organisationen den US-Präsidenten. Dieser hatte Vorschläge Italiens für einen koordinierten Umgang mit der Zuwanderung von Schutzsuchenden schon vor dem Gipfel abgegebügelt. Ebenso wenig einigten sich die G7 auf Finanzausgaben für den Kampf gegen die Hungersnot in Teilen Afrikas. Die Staats- und Regierungschefs beließen es beim symbolischen Versprechen, die UNO zu unterstützen. An diesem Manko ist nicht nur Trump schuld. nd/Agenturen Seite 5

Spanier gegen Korruption und Spardiktat

Demonstranten aus dem ganzen Land bei Märschen für Freiheit und Gleichheit in Madrid

Der »Marsch der Würde« richtete sich gegen die Politik der konservativen spanischen Regierung unter Ministerpräsident Mariano Rajoy.

Von Ralf Streck, San Sebastián

In Madrid haben am Samstag Zehntausende Menschen gegen Korruption und Austerität demonstriert. Zuvor hatten sich Menschen aus allen Landesteilen Spaniens zu Fuß auf den Weg nach Madrid gemacht. Den sogenannten Marsch der Würde gibt es seit drei Jahren. In der Hauptstadt vereinten sich die verschiedenen Märsche, um aus allen vier Himmelsrichtungen in Marschspalten mit den Namen »Freiheit«, »Gleichheit«, »Einheit« und »Solidarität« ins Zentrum zu ziehen. Dort wurden die Protestierer trotz unerträglicher Hitze von Tausenden Menschen unterstützt, um »Brot, Arbeit, Wohnraum und Gleichheit zu fordern«. Zu der De-

monstration hatten Dutzende Gewerkschaften und linksgerichtete Organisationen aufgerufen.

Die Zahlen zur Beteiligung gehen wie üblich weit auseinander. Die Veranstalter sprechen – übertrieben – von 200 000 Demonstranten, während die spanische Regierung – stark untertrieben – von 6000 spricht. Obwohl die konservative Regierung ständig erklärt, die wirtschaftliche Lage verbessere sich stetig, sehen die Marschierer das anderes. Ángeles Maestro, die zu den Organisatorinnen gehört, meint, »für die übergroße Mehrheit der Menschen verschlechtert sich die Lage täglich, weshalb man weiter auf die Straße gehen muss.«

Auch der immer weitere Kreis ziehende Korruptionsskandal der regierenden Volkspartei (PP) dort wurden die Protestierer trotz unerträglicher Hitze von Tausenden Menschen unterstützt, um »Brot, Arbeit, Wohnraum und Gleichheit zu fordern«. Zu der De-

lyse vor, weder über eine »Präventionsstrategie« zur Bekämpfung, noch über Gesetze zum Schutz derer zu verfügen, die Korruption anzeigen.

Die Teilnehmer der Märsche stützten den Misstrauensantrag,

»Für die übergroße Mehrheit der Menschen verschlechtert sich die Lage täglich.«

Aktivistin Ángeles Maestro

mit dem die Partei Podemos den Regierungschef Mariano Rajoy im Juni zu Fall bringen will. »Wir haben einen korrupten Ministerpräsidenten, der eigentlich im Knast sitzen müsste«, meint Andrés Gallego, Sprecher der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft »CGT« im Baskenland. Breit wurde am

Samstag auch ein Generalstreik gefordert, um die Konservativen aus der Regierung zu jagen.

Für Alberto Garzón, Generalsekretär der Vereinten Linken (IU) sind solche Mobilisierungen von zentraler Bedeutung, um Verbesserungen für die Menschen im Parlament und letztlich eine linke »Alternative zum Aufbau eines neuen Landes« durchzusetzen. Der Erfolg der Märsche für die Würde zeigt für Garzón die »allgemeine Unzufriedenheit« im Land. In Spanien beträgt die Arbeitslosenquote über 18 und die bei Jugendlichen sogar über 40 Prozent.

Die Jugend leide zwar am stärksten, doch Antonio Barahona, Mitglied einer Vereinigung, die sich gegen den Betrug von Banken an ihren Sparer wehrt, kritisiert, dass viele junge Menschen verteidigungsfähig seien. »Ihnen wurde nur Resignation gelehrt und sie sind unfähig, ihre Zukunft zu verteidigen.« So würden sie zu stillen Opfern.

Steinbrück stänkert gegen Nachfolger

Kritik an Schulz-Wahlkampf Nahles redet Hartz IV schön

Berlin. Der frühere SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück hat den aktuellen Spitzenkandidaten Martin Schulz kritisiert: »Ich gebe allen recht, die sagen: Die Konzentration auf die Gerechtigkeit reicht nicht, es muss etwas dazu kommen, das Fortschritt, Zukunftsoptionen verdeutlicht«, sagte er der »Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung«. Steinbrück selbst war 2013 als Herausforderer von Angela Merkel gescheitert. SPD-Vizechef Ralf Stegner konterte: »Andere, selbst an ihrer Hybris gescheitert, geben der Partei schlechten Rat. Kurios.«

Schulz selbst versprach, bei einem Wahlsieg etwas gegen die geringere Bezahlung von Frauen zu tun. »Eine SPD-geführte Bundesregierung wird in den ersten 100 Tagen alle notwendigen Initiativen ergreifen (...), um sicherzustellen, dass diese Schande, dass Frauen immer noch schlechter bezahlt werden als Männer, aufgelöst wird«, sagte er.

Arbeitsministerin Andrea Nahles forderte einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor. Nicht Hartz IV sei das Problem, sondern wie es gelinge, die Langzeitarbeitslosigkeit weiter zu verringern, so Nahles auf dem Kirchentag. Agenturen/nd Seite 4

Sri Lanka: Zahl der Toten steigt weiter

Hochwasser und Erdbeben machen dem Inselstaat zu schaffen

Colombo. Nach den schweren Regenfällen in Sri Lanka ist die Zahl der Toten am Wochenende weiter gestiegen. Mindestens 146 Menschen starben bisher in dem südasiatischen Inselstaat, wie das Zentrum für Katastrophenmanagement am Sonntag mitteilte. 112 Menschen würden noch vermisst. Etwa 420 000 Einwohner mussten ihr Zuhause verlassen. In Teilen Sri Lankas soll es auch an diesem Montag sowie am Dienstag wieder heftig regnen, das Katastrophenmanagement warnte vor weiteren Erdbeben. Tagelange Regenfälle hatten im Zentrum, Süden und Westen des Landes in der Nacht zu Freitag Überschwemmungen und schwere Erdbeben verursacht.

Rettungskräfte haben große Probleme, in die Gegenden zu kommen. Einige Gebiete waren nicht über den Landweg zu erreichen. Boote und Einsatzkräfte werden daher in die Regionen geflogen. dpa/nd Seite 20

Kirchentag endete in Wittenberg

Zehntausende kamen am Sonntag zum Festgottesdienst

Wittenberg. Mit einem Festgottesdienst vor Zehntausenden Menschen ist am Sonntag in der Lutherstadt Wittenberg der 36. Deutsche Evangelische Kirchentag zu Ende gegangen. Daran nahmen unter anderem Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und der südafrikanische Bischof Thabo Makgoba teil. Laut Veranstalter kamen zu dem Gottesdienst auf den Elbwiesen vor den Toren Wittenbergs rund 120 000 Menschen. Der Kirchentag hatte am Mittwoch begonnen und stand im Zeichen des 500. Reformationsjubiläums. Erstmals fand er an zwei Orten statt – in Berlin und in Wittenberg. An die Tür der Schlosskirche in der Stadt in Sachsen-Anhalt soll Martin Luther im Jahr 1517 seine 95 Thesen angeschlagen haben.

Kritiker hatten in den letzten Tagen bemängelt, dass der Staat die Veranstaltungen massiv subventionierte. Zudem war das Sponsoring des wegen der Abgasaffäre unter Druck stehenden VW-Konzerns selbst von Pfarrern als »moderner Ablasshandel« gebrandmarkt worden. Agenturen/nd Seite 3

ISSN 0323-3375

